



*Liebe Unionsfreundinnen,
liebe Unionsfreunde,*

nur vier Monate nach der Tat von Halle, verübte am Abend des 19. Februar 2020 ein 43-jähriger zwei rassistisch motivierte Anschläge in der Innenstadt von Hanau. Mein tief empfundenes Mitgefühl gilt den Opfern, ihren Familien und Angehörigen. Eine Woche später ein weiteres Drama - im hessischen Volkmarzen raste ein 29-jähriger mit seinem Auto in den Karnevalsumzug und verletzte dabei etwa 60 Menschen, darunter auch Kinder. Ich hoffe sehr, dass die Hintergründe dieser zweiten Tat von den Ermittlern ebenso schnell und entschlossen aufgeklärt werden.

Angesichts der beiden Tragödien treten die Ereignisse rund um die Thüringer Landtagswahl 2020 und die damit verbundenen politischen Folgen in unseren Köpfen zurecht in den Hintergrund. Dennoch sind sie nicht gänzlich zu ignorieren.

Parallel zur Niederlegung seines Postens als Chef der CDU-Landtagsfraktion will Mike Mohring sich auch vom Landesvorsitz in Thüringen zurückziehen.

Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK), seit Dezember 2018 Bundesvorsitzende der CDU, beantwortete die Regierungskrise von Thüringen mit ihrem Verzicht

auf die Kanzlerkandidatur 2021 und dem Rücktritt als CDU-Bundesvorsitzende. Ich habe großen Respekt vor der Entscheidung von AKK und danke ihr für ihr Engagement. Die letzten Tage in Thüringen und Berlin, aber auch das jüngste Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl, haben gezeigt, dass es unabdingbar ist, die CDU inhaltlich zu stärken und personell neu aufzustellen. Aktuell befinden wir uns in extrem schwierigen Fahrwassern, vielleicht sogar in einer Vertrauenskrise. Gerade deshalb braucht die CDU einen klaren Kurs, mehr Zuversicht und Einigkeit darüber, wohin sie sich entwickeln will.

Mit Norbert Röttgen, Armin Laschet und Friedrich Merz stellen sich drei Kandidaten am 25. April 2020 dem Wettbewerb für den CDU-Vorsitz. In dieser anstehenden Entscheidung des Sonderparteitages werden wir dann auch das Signal für die bevorstehende Kanzlerkandidatur der CDU sehen.

Für konkrete Anfragen oder auch Anregungen zu diesen und anderen Themen stehe ich wie gewohnt gern zur Verfügung.

*Herzliche Grüße
Ihr Torsten Schweiger*



Bild: freepik.com/Pinterest

DIE POLITISCHE LAGE IN DEUTSCHLAND

Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich dazu entschlossen, nicht weiter als Kanzlerkandidatin zur Verfügung zu stehen sowie den Parteivorsitz der CDU abzugeben. Dies kam nach der Landtagswahl in Thüringen überraschend.

Die CDU/CSU-Fraktion hat jedoch großen Respekt vor ihrer Entscheidung und ist gefordert, viele Projekte in unserem Land zu beraten und zu steuern, so zum Beispiel die Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, bessere Bedingungen für die Land- und Forstwirte, den Kohleausstieg und den Strukturwandel in betroffenen Regionen, die Stärkung der Bundeswehr und der inneren Sicherheit oder auch die Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Die Menschen in Deutschland erwarten von der Union konkrete Antworten für die Zukunft unseres Landes.



WETTBEWERB UM CDU-VORSITZ ERÖFFNET

Norbert Röttgen warf als erster Kandidat für den Parteivorsitz seinen Ring in den Hut. Neben der klaren Abgrenzung zu links- und rechtsaußen ist ihm eine glaubwürdige Umweltpolitik besonders wichtig. Dies betont er vor allem im Hinblick auf die junge Generation, die die CDU sonst zu verlieren droht. Mit einer Teamlösung sind NRW-Ministerpräsident **Armin Laschet** und Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** Ende Februar in die Öffentlichkeit getreten. Beide Männer wurden bisher als mögliche Bewerber für den CDU-Parteivorsitz gehandelt. Nun unterstützt Jens Spahn die Kandidatur von Armin Laschet, der sich sowohl um den Posten des Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands bewirbt als auch als Kanzlerkandidat zur Verfügung stehen möchte. Letzteres, so Laschet, sei jedoch noch mit der Schwesterpartei der CSU abzustimmen. Sollte Armin Laschet gewinnen, wird Jens Spahn Vize-Vorsitzender der CDU Deutschland.

Bereits am Vorabend hatte der frühere Unionsfraktionschef **Friedrich Merz** für Dienstag um 11.00 Uhr zu einer Pressekonferenz eingeladen. Merz wollte sich trotz ausführlicher und vertrauensvoller Gespräche mit Armin Laschet aufgrund unterschiedlicher Positionen zum Richtungswechsel der CDU nicht auf die Teamlösung einlassen. Für ihn sei klar, er spiele nicht um Platz, sondern um Sieg. Merz betonte, dass einige politische Korrekturen vorgenommen werden müssen, um die ehemaligen CDU-Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen. Die CDU muss sich wieder breiter aufstellen und konservativer werden. Seine Kandidatur sei kein Bruch mit der bisherigen CDU-Politik, sondern ein notwendiger Aufbruch in eine neue Zeit.



Nun kommt es auf die Delegierten des Bundesparteitages an, die am 25. April darüber entscheiden, welcher Kandidat die stärkere Lokomotivkraft für den Führungswechsel besitzt.

(alle Bildquellen: Deutscher Bundestag/ Phoenix)

AUS DEM PARLAMENT

Am 14. Februar hat der Bundesrat die Einführung eines generellen Tempolimits auf unseren Autobahnen abgelehnt – gut so! Der Umweltausschuss der Länderkammer hatte vorgeschlagen, dass eine Geschwindigkeits-Begrenzung von 130 Km/h auf Autobahnen gelten soll. Dabei ist ein solcher Antrag erst vor wenigen Monaten mit einer deutlichen Mehrheit im Deutschen Bundestag abgelehnt worden.

Denn schon da war klar: Eine solche Beschränkung der Mobilität unserer Bürger hätte keine spürbaren Auswirkungen auf den Klimaschutz. Hier geht es auch nicht um die Verkehrssicherheit, denn dort, wo eine erhöhte Achtsamkeit erforderlich ist, gibt es bereits Beschränkungen der Geschwindigkeit. Die Unions-Fraktion bleibt dabei: Mit ihr gibt es kein Tempolimit auf Autobahnen. *(Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages)*

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur

Im Februar wurde der Antrag der Bundesregierung über die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Darfur beraten. Ziel der Mission ist es, die neue sudanesisische Regierung in ihrem Streben nach einer dauerhaften Lösung des Darfurkonflikts weiterhin zu unterstützen. Konkret soll die Mandatsobergrenze von zuletzt 50 auf nunmehr 20 einzusetzenden Soldaten reduziert werden, bei einer Verlängerung der Einsatzdauer bis zum 31. Dezember 2020.

(Bildquelle: Deutscher Bundestag)

Anerkennung der von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten

Die Opfergruppen der im 3. Reich als sogenannte "Asozialen" und "Berufsverbrecher" diffamierten Menschen als Opfer des Nationalsozialismus sollen stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken. Dafür soll bundesweit eine modulare Ausstellung gezeigt werden. Das Ausstellungskonzept soll von der Stiftung "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" erarbeitet werden. Die in dieser Weise Verfolgten sollen explizit in die Aufzählung der Leistungsempfänger in den Fonds AKG-Härterichtlinien aufgenommen werden.

Viertes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, kurz Meister-BaföG, soll angepasst werden. Damit werden der Zugang zur beruflichen Höherqualifizierung sichergestellt, die Motivation für Fortbildungen gestärkt und die beruflichen Aufstiegschancen verbessert. Der Entwurf sieht auch eine Verdoppelung des Unterhaltsbeitrages für Vollzeitgeförderte vor.

Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung

Mit dem Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz soll der Risikostrukturausgleich zwischen den einzelnen Krankenkassen reguliert werden. Verschiedene Fehlanreize und Wettbewerbsverzerrungen, die seit einiger Zeit festzustellen waren, können so abgestellt und ausgeglichen werden. Für alle Krankenkassen sollen möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden.





Bildquelle: www.agrartrends.de

UNTERSTÜTZUNG FÜR LANDWIRTE BEI DÜNGEMITTELVERORDNUNG

Regelmäßig stehe ich mit den Bauernverbänden, mit haupt- und nebenberuflichen Landwirten meines Wahlkreises in Kontakt. Die derzeitige Überarbeitung der Düngemittelverordnung sorgt für Existenzängste bei vielen von ihnen. Neben anderen Verschärfungen in der neuen Düngeverordnung ergeben sich für unsere Bauern viele Nachfragen und erhebliche fachliche Zweifel an den Messnetzen in Sachsen-Anhalt.

Nach Abstimmung mit **Wolfgang Minning**, dem **Vorsitzenden des Bauernverbandes Mansfeld-Südharz**, habe ich von Landesministerin Dalbert Nachbesserungen eingefordert. Die Frage der Ausgestaltung des Messstellennetzes obliegt den Ländern - dabei muss es mehr Binnendifferenzierung geben um die Verursachung der Nitratbelastung für die Landwirte nachvollziehbarer und transparenter zu gestalten. Insbesondere in den rot ausgewiesenen Bereichen (hohe Nitratbelastung) und den dort verschärften Düngeregeln, wo massive Einschränkungen für die landwirtschaftliche Produktion drohen, besteht Handlungsbedarf. Es darf nicht sein, dass Landwirte mit unbedenklichen Nitratemissionen unverschuldet in Mithaftung genommen werden! Daraus ergibt sich auch die gemeinsame Forderung nach einem engmaschigeren Messstellennetz. Das Land Niedersachsen hat sich beispielsweise für einen emissionsbasierten Ansatz ausgesprochen. Ich bin der Auffassung, dass dies auch für Sachsen-Anhalt die richtige Strategie wäre. Eine Antwort der Ministerin steht bisher noch aus.

FÜR MEHR INSTITUTIONEN DES BUNDES IM LÄNDLICHEN RAUM

Bundeszentrale für politische Bildung

Das Bestreben, eine Bundesbehörde im Landkreis Mansfeld-Südharz anzusiedeln, unterstütze ich ausdrücklich. Seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit setze ich mich im Bundestag dafür ein, dass strukturschwache Regionen bei der Standortsuche für Bundesbehörden bevorzugt berücksichtigt werden. Ich bin überzeugt davon, dass unsere Region ideale Voraussetzungen für die Ansiedlung einer Bundesbehörde bietet.

Bei der Standortsuche u.a. der Cyberagentur (2019 Halle-Leipzig), des Kompetenzzentrums für Wald und Holz (2018 Mecklenburg-Vorpommern), des Bundesfernstraßenamtes (2018 Leipzig) haben wir leider schon Chancen verstreichen lassen. Dass mein Heimatkreis von sich aus kein konkretes Interesse an der Ansiedlung einer Bundesbehörde bekundete, empfand ich dabei immer sehr bedauerlich.

Offensichtlich hat jedoch nun im Landkreis Mansfeld-Südharz ein Umdenken stattgefunden. Mit einer früheren Interessenbekundung stünden unsere Chancen bei der neuen Standortsuche der **Bundeszentrale für politische Bildung** sicherlich besser, teilte ich Anfang Februar Landrätin Frau Dr. Klein auf Anfrage mit. Bisher wurde noch keine Entscheidung getroffen, so dass es sich lohnt, weiter am Ball zu bleiben.

DER FEBRUAR IM WAHLKREIS

Besuch der Rettungsleitstelle Eisleben

Wie ist die Arbeit des Rettungsdienstes organisiert? Welche Abläufe gibt es? Wie werden die viel diskutierten Änderungen der Strukturen vor Ort gesehen? All diese Fragen führten mich zum Rettungsdienst des Landkreises Mansfeld-Südharz. Mehr als 150 Menschen arbeiten für den Eigenbetrieb des Landkreises. Alle haben das gleiche Ziel: Bei medizinischen Notlagen den Menschen unserer Region schnell Hilfe zu kommen zu lassen. Mit dem Betriebsleiter, Herrn Teskow, habe ich über Leistungen, Organisationsstruktur und Herausforderungen gesprochen. Die Aufgaben sind so vielfältig, dass es daneben noch eine ärztliche, eine kaufmännische Leitung sowie eine allgemeine Leitung gibt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für uns rund um die Uhr im Einsatz: Mit viel Respekt und großem Dank habe ich den Termin in Eisleben wahrgenommen.



Mit Verkehrsminister Webel bei Knauf

Produkte aus dem Knaufwerk in Rottleberode sind europaweit gefragt. Mit Thomas Webel, unserem Landesminister für Landesentwicklung und Verkehr, haben wir vor Ort auch sehr offen über die Energie und Rohstoffversorgung des Standortes und die weiteren Herausforderungen des Strukturwandels gesprochen. Als Diplomingenieur fasziniert mich die technische Umsetzung von Prozessen. Ich finde es immer spannend, bei Gesprächen vor Ort auch darüber etwas zu erfahren.



Strukturwandeldiskussion in Sangerhausen und Mücheln

In Sangerhausen und Mücheln fanden im Februar zwei Informationsabende zum Thema „Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier“ statt. Um über den derzeitigen Diskussionsstand des Deutschen Bundestages zu berichten, nahm ich an beiden Veranstaltungen teil. Klar ist: Wir brauchen nachhaltige und solide durchdachte Lösungen. Im Bundestag setze ich mich dafür ein, dass vom Strukturstärkungsgesetz und den darin anvisierten 40 Mrd. Euro insbesondere auch mein Wahlkreis profitieren wird.



VERFASSUNGSSCHUTZNOVELLE

Nach dem Terroranschlag von Hanau diskutiert Deutschland: Was können wir jetzt unternehmen, um Rechtsextremisten noch effizienter zu bekämpfen? Das Bundeskriminalamt geht derzeit von rund 60 Gefährdern in der rechtsextremen Szene aus. Die CDU/CSU-Fraktion fordert, mit der anstehenden Verfassungsschutz-Novelle die Beobachtung von gefährlichen Einzelpersonen leichter zu machen.



Hass-Anschlag von Hanau

**Wir fordern: Beobachtung von
Gefährdern erleichtern!**

CDU/CSU

#HANAU

ANKÜNDIGUNGEN & TERMINE

- 14. März 2020** - Frühlingsbrunch der CDU Saalekreis im Schlossgartensalon Merseburg ab 10:00 Uhr
- 14. März 2020** - Sportlerball Sangerhausen, Abendveranstaltung in der Mammuthalle
- 16. März 2020** - Kreisvorstandssitzung der CDU im Saalekreis ab 18:00 Uhr
- 16. März 2020** - Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Sangerhausen, von 14:00 bis 16:00 Uhr
- 19. März 2020** - 16. business-Frühstück der „mitz GmbH“, im Gartenhaus der Hochschule Merseburg
- 20. März 2020** - Klausurtagung des CDU-Landesvorstands, in Neugattersleben
- 22. März 2020** - 25. Nachwuchssportlerehrung, im Merseburger Domstadtkino ab 9:00 Uhr
- 23. März 2020** - Klausurtagung des Bundesfachausschusses für Umwelt und Landwirtschaft

SITZUNGSWOCHEN IM MÄRZ

- 02.03.2020 - 06.03.2020
- 09.03.2020 - 13.03.2020
- 23.03.2020 - 27.03.2020



Folgen Sie mir auf meiner Internetseite unter www.cdu-schweiger.de oder bei Twitter, Facebook und Instagram!

So erreichen Sie mich ...

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Telefon: 030 227-77066 Telefax: 030 227-70069
E-Mail: torsten.schweiger@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Andrea Haese

Wahlkreisbüro Sangerhausen

Schlossgasse 1 • 06526 Sangerhausen
Telefon: 03464 279930 • Telefax: 03464 279931
E-Mail: torsten.schweiger.wk01@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Nadine Pein

Wahlkreisbüro Lutherstadt Eisleben/ Hettstedt

Markt 14 • 06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: 03475-7149650
E-Mail: torsten.schweiger.wk02@bundestag.de

Ansprechpartner: Matthias Redlich

Wahlkreisbüro Merseburg

Burgstraße 6 • 06217 Merseburg
Telefon: 03461-2897337
E-Mail: torsten.schweiger.wk03@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Heike Roßner